

Seit dem Sieg der nationalreligiösen Hamas bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat 2006 gingen die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Frauen in Palästina zurück. Während noch in den letzten Jahren unter Yasser Arafat durch die Schaffung eines eigenen Frauenministeriums und der Einführung einer Frauenquote für Kommunal- und Parlamentswahlen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Politischen wie im Privaten vorangetrieben wurde, hat diese Thematik in der Programmatik der Hamas nur einen niedrigen Stellenwert. Dies könnte langfristig zu einer Einschränkung der Freiheit von Frauen in den Palästinensischen Gebieten führen.



*Christina Rau, Anke Fuchs,
Rami Nasrallah*

Die Stärkung von Frauen als politische Akteure ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den palästinensischen Gebieten. Dies wurde deutlich bei einem Runden Tisch an der Birzeit University in Ramallah, zu dem die Stiftung anlässlich des Besuches ihrer Vorsitzenden Anke Fuchs geladen hatte, und an dem neben palästinensischen Parlamentarierinnen und Mitgliedern von Frauenorganisationen auch zahlreiche Vertreter der palästinensischen Politik teilnahmen, wie z.B. Zuheir Al-Manasra, Mitglied der Genfer Initiative und Mitglied im Revolutionsrat der Fatah.

Politische Partizipation von Frauen sei auch in Deutschland längst keine Selbstverständlichkeit, so Anke Fuchs. Aus historischer Sicht war sie erst mit Einführung von Frauenquoten in einigen Parteien in den 80er Jahren möglich geworden. Zwar stieg die Beteiligung von Frauen an Wahlen, doch noch immer lässt der Politik-Alltag kaum Raum für die Vereinbarung einer Politiker-Karriere mit der Familie, was viele Frauen daran hindert, ein politisches Amt zu übernehmen. Weitere Ursachen für die Unterrepräsentation von Frauen in der deutschen Politik seien die oftmals schlechte Vernetzung der Frauen untereinander sowie die männliche Dominanz in politischen Organisationen und Netzwerken. Deshalb gelte es, einen generellen Einstellungswandel in der deutschen Gesellschaft sowie in der politischen Kultur hervorzubringen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik.

Hierzu möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, einen Beitrag leisten. Mit dem im Jahr 2000 als Grundsatz in ihre Arbeit aufgenommenen Konzept des „Gender Mainstreaming“ verfolgt die Friedrich-Ebert-Stiftung das Ziel, in allen Lebensbereichen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu verwirklichen. In den palästinensischen Gebieten unterstützt sie Projekte des Women's Affairs Technical Committee und des Fatah-Frauen-Komitees, um die politische Partizipation von Palästinenserinnen zu stärken.

Während ihres Besuches in den palästinensischen Gebieten informierte sich Anke Fuchs über die aktuelle politische Situation und die Arbeit der FES vor Ort. Zudem traf sie mit Vertretern der Partnerorganisationen sowie mit Politikern und Wissenschaftlern zusammen, um sich ein Bild von der Demokratieentwicklung in Palästina zu machen.